

**Beiträge ÖkoLinX-ARL
in der Fraktion »Die Bunte«**

Wortprotokoll

über die

3. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 16. Juni 2011

(16.07 Uhr bis 00.33 Uhr)

1.	Feststellung der Tagesordnung.....	2
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, Bunte:	2
2.	Mitteilungen der Stadtverordnetenvorsteherin	3
3.	2. Fragestunde.....	4
	Frage Nr. 38.....	4
	Stadtverordnete Christiane Loizides, CDU:	4
	Stadtrat Markus Frank:.....	4
	Frage Nr. 39.....	6
	Stadtverordnete Martina Feldmayer, GRÜNE:	6
	Stadtrat Markus Frank:.....	6
	Frage Nr. 40.....	8
	Stadtverordneter Gregor Amann, SPD:	8
	Stadtrat Volker Stein:	8
	Frage Nr. 41	11
	Stadtverordnete Carmen Thiele, LINKE.:	11
	Stadtrat Edwin Schwarz:	11
	Frage Nr. 42.....	8
	Stadtverordneter Gert Trinklein, FDP:	8
	Stadtrat Volker Stein:	8
	Frage Nr. 43.....	12
	Stadtverordneter Wolfgang Hübner, FREIE WÄHLER:	12
	Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld:.....	12
	Frage Nr. 44.....	12
	Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG:	12
	Stadträtin Dr. Manuela Rottmann:	13
	Frage Nr. 45.....	16
	Stadtverordneter Jörg Krebs, NPD:.....	16
	Stadtrat Edwin Schwarz:	16
	Frage Nr. 46.....	17
	Stadtverordneter Michael Langer, REP:	17
	Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld:.....	17
	Frage Nr. 47	17
	Stadtverordneter Ulf Homeyer, CDU:	18
	Bürgermeisterin Jutta Ebeling:	18
	Frage Nr. 48.....	19
	Stadtverordnete Ursula auf der Heide, GRÜNE:	19
	Stadtrat Edwin Schwarz:	19

schuss Jugendfürsorge, das Haus der Jugend e. V. oder der Vorstand des Frankfurter Verbandes für Alten- und Behindertenhilfe.

Die Stadt Frankfurt am Main hat ihm in Würdigung seines ehrenamtlichen Wirkens die Römerplaketten in Bronze, Silber und Gold verliehen und ihn im Juni 1993 mit dem Ehrentitel „Stadtältester“ ausgezeichnet.

Des Weiteren wurde er für seine Verdienste um das Gemeinwohl im Jahr 2005 mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt.

Durch sein vielfältiges Wirken und seine beeindruckende Sachkenntnis, aber auch durch seine Verlässlichkeit und die stets offene und lebensbejahende Art, mit der er auf die Menschen zugeht, hat sich Gunter Matthei große Achtung und Sympathie erworben. Wir werden ihn in guter und dankbarer Erinnerung behalten.

Wir gedenken der Verstorbenen.

Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben, ich danke Ihnen.

Tagesordnungspunkt 1.

**Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Bernadette Weyland:**

Meine Damen und Herren, ich rufe den Tagesordnungspunkt 1., Feststellung der Tagesordnung, auf.

Die Ihnen mit der Einladung am 08.06.2011 zugegangene Tagesordnung hat mittlerweile durch Anmeldungen der Fraktionen und durch Beschlussempfehlungen des Ältestenausschusses Veränderungen erfahren. Zur Tagesordnung verweise ich auf den schriftlichen Bericht aus der heutigen Ältestenausschusssitzung, der auf Ihren Tischen liegt. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen zur Kenntnis geben, dass § 34 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung bei Tagesordnungspunkt 5. keine Anwendung findet, das heißt, Debattenredner sind an die Redezeitbeschränkung von 10 Minuten bei diesem Punkt

nicht gebunden. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Es gibt noch eine Anmeldung zur Tagesordnung I, und zwar die Vorlage M 110 des Magistrats mit der dazugehörigen Vorlage NR 34 der Bunte-Fraktion.

Nach § 24 Absatz 3 benötigen Sie für diese Anmeldung 15 Stadtverordnete als Unterstützung.

(Zurufe)

Es geht um eine neue Anmeldung der Bunten zur Tagesordnung I mit den Vorlagen M 110 und NR 34. Um was geht es inhaltlich, Frau Ditfurth?

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, Bunte:

Zur Erdbeben- und Atomkatastrophe in Japan gab es eine M-Vorlage, und wir haben einen Antrag dazu eingebracht. Diese beiden Vorlagen wollen wir als Tagesordnungspunkt 14. auf die Tagesordnung I nehmen.

**Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Bernadette Weyland:**

Das hätten Sie eigentlich im Ältestenausschuss vorbringen sollen, dafür ist dieser Ausschuss da. Wenn ein Punkt hier im Plenum neu angemeldet wird, sind wir leider an § 24 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung gebunden, und danach brauchen Sie 15 Stadtverordnete, die das Anliegen unterstützen. Dazu liegt mir von Ihnen nichts vor.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, Bunte:

Wie viel Zeit haben wir zum Sammeln der 15 Unterschriften?

**Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Bernadette Weyland:**

Wir stimmen ab, das ist die einfachste Lösung.

Wer für den Antrag der Bunte-Fraktion ist, die Vorlagen NR 34 und M 110 auf die Tagesordnung I zu nehmen, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht) Das sind SPD, Bunte und LINKE. Wer ist dagegen? (Geschieht) Das ist der Rest. Ich stelle fest, dass

Frage Nr. 49.....	20
Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:.....	20
Stadtrat Edwin Schwarz:	21
Frage Nr. 55.....	13
Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:.....	13
Stadträtin Dr. Manuela Rottmann:	13
Frage Nr. 70.....	13
Stadtverordneter Gert Trinklein, FDP:	13
Stadträtin Dr. Manuela Rottmann:	13
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 39. ←.....	21
Stadtverordnete Martina Feldmayer, GRÜNE:	21
Stadtverordneter Robert Lange, CDU:	22
Stadtverordnete Dr. Katharina von Beckh, FREIE WÄHLER:..	23
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.:	23
Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:.....	24
Stadtverordnete Jutta Dittfurth, Bunte:	25
Oberbürgermeisterin Dr. h. c. Petra Roth:	26
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 40	27
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	27
Stadtverordnete Hilime Arslaner-Gölbasi, GRÜNE:.....	28
Stadtverordneter Eugen Emmerling, SPD:	29
Stadtverordneter Dr. Walter Seubert, CDU:.....	29
Stadtrat Volker Stein:	30
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 43	31
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, FREIE WÄHLER:	31
Stadtverordneter Olaf Cunitz, GRÜNE:	32
Stadtverordneter Gregor Amann, SPD:	33
Stadtverordneter Dr. Peter Gärtner, LINKE.:	33
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 45	34
Stadtverordneter Jörg Krebs, NPD:.....	34
4. Verabschiedung der Tagesordnung II	35
Stadtverordneter Patrick Schenk, FREIE WÄHLER:	35
5. Wahl einer/eines hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat).....	35
5.1 Bericht des Wahlvorbereitungs- und Wahlprüfungsausschusses zur Wahl einer/eines hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat)	
<u>hierzu:</u> Antrag der FREIE WÄHLER vom 26.05.2011, NR 21	35

sich die Atomkraftwerke so leicht abschalten wie hier die Mikrofone der Redner, dann wäre Vielen etwas Gutes getan.

Klar ist, die Mainova investiert in Kraft-Wärme-Kopplung. Das geht nur vor Ort. Der Dampf, die Wärme muss ja auch genutzt werden. Ich halte es auch für wichtig, um die Stromtrassen, die hier in Deutschland gebaut werden müssen, zu minimieren, den Strom dort zu erzeugen, wo ein entsprechender Energiebedarf ist. Frankfurt hat durch das industrielle Umfeld einen großen Energiebedarf, und da ist mir jedes Wasserkraftwerk an der Nidda und jedes Windrad lieb, in welches investiert wird, egal wo im Rhein-Main-Gebiet. Von daher unterstützen wir alle diese Maßnahmen. Die Mainova soll erst einmal die 500 Millionen Euro unter die Leute bringen, dann stehen wir ein Stück besser da.

Danke schön!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Als nächste Rednerin hat Frau Ditfurth das Wort. Bitte schön!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, Bunte:

Einen schönen guten Tag!

Ich komme aus der Anti-AKW-Bewegung der Siebzigerjahre. Ich hatte nicht vor, zu dem Punkt etwas zu sagen, aber eine Prise Wahrheit und Geschichte muss sein. 1989 haben die GRÜNEN begonnen, die alte klare Forderung der Anti-AKW-Bewegung „sofortige Stilllegung aller Atomanlagen“ aufzulösen. Aus dem sofort wurde gleich, ein bisschen später, immer mehr Jahre, immer mehr Monate, und dann gab es den sogenannten Ausstieg, der uns heute wieder - und das war der Anlass für mich, an das Rednerpult zu kommen - als Ausstieg verkauft wird. 2000 beschlossen, 2002 in Kraft getreten, gab es den sogenannten rot-grünen Atomausstieg, der nichts anderes war, als eine große Jubelfeier für die Atomkonzerne, weil er zum ersten Mal erlaubte, erstens Atommüll an den Standorten von Atomkraftwerken zu lagern -

die liegen da und strahlen vor sich hin, in Biblis und anderswo -, zweitens Strommengenübertragung zuließ, was die ganzen Trickereien und Laufzeitverlängerungen vor dem Beschluss vom vergangenen Jahr in den ganzen letzten Jahren ermöglichte, und verschiedene andere Geschichten. Die Laufzeitverlängerung, ich habe es für jedes einzelne Atomkraftwerk einmal durchgerechnet, durch den sogenannten rot-grünen Atomausstiegskonsens betrug insgesamt acht bis 20 Jahre. Das waren zehn bis 20 Jahre länger pro Atomkraftwerk als selbst die Betreiber uns in den Siebzigerjahren erzählt hatten, wie lange die Dinger laufen sollten und laufen könnten, weil einen so dauerhaften Beschuss an radioaktiven Isotopen kein Material dieser Welt aushält. Dann kam die CDU mit ihrer Laufzeitverlängerung. Die war rechtlich und politisch nur möglich, weil es vorher diesen sogenannten Ausstieg, der eine Laufzeitverlängerung à la Rot-Grün war, gegeben hatte. Das war die Grundlage, sonst hätte diese Strommengenübertragung gar nicht mehr stattfinden können. Frau Merkel, und das war schon fast erheiternd zu beobachten - die DDR-sozialisierte Naturwissenschaftlerin, und das ist noch das Sympathische an ihr, dass sie da manchmal fremdelt -, hat erst spät gelernt, nämlich durch Fukushima, dass es hier ein ernstes Problem gibt, was eine Bewegung seit den Siebzigerjahren durchgesetzt hat, nämlich eine Mehrheit der Bevölkerung gegen Atomenergie, und hat jetzt das Ruder herumgerissen. Jetzt kommen natürlich Rot und Grün mit ihrem Pseudoausstieg taktisch mordsmäßig ins Rudern, weil nun der Kampf beginnt, wer die Wähler kriegt, die glauben, dass es ein Ausstieg ist.

Ich persönlich sage hier und gebe das zu Protokoll, dass ich erst glaube, dass das Atomprogramm ein Ende hat, wenn erstens - nur drei Punkte seien beispielhaft genannt -, wenn man aus der Atomenergie aussteigt, braucht man keine Atomforschungsreaktoren. Warum werden die nicht dicht gemacht? Zweitens, wenn man angeblich die Brücke zu den alternativen Energien gebaut haben wollte, warum werden dann Millionen Euro deutsches Geld und EU-Geld in die Atomforschung gesteckt, das heißt in die nächsten technischen Schritte? Darüber wird absichtsvoll zur Zeit nicht berichtet - halten Sie die Klappe, Herr Heuser -, ...

(Beifall)

und drittens, warum wird die Atomfusion nicht beerdigt und der Euratom-Vertrag nicht gekündigt?

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Kommen Sie bitte zum Ende.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, Bunte:
(fortfahrend)**

Erst wenn das alles durchgesetzt ist, glaube ich an den Ausstieg.

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Für einen weiteren Redner stehen noch zwei Minuten Redezeit zur Verfügung. Möchte noch jemand sprechen? Das ist nicht der Fall. Somit hat nun Frau Oberbürgermeisterin Roth das Wort. Bitte!

Oberbürgermeisterin Dr. h. c. Petra Roth:

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine Damen und Herren!

Vielleicht sollte man das Thema einmal als angemeldeten Tagesordnungspunkt in der nächsten Plenarsitzung debattieren. Ich möchte jetzt nur der Stadtverordnetenversammlung einige Fakten mitteilen. Bei der Mainova, unserem Energieversorger, ist der Magistrat mit mehr als sechs Mandatsträgern im Aufsichtsrat vertreten, darunter auch Stadtverordnete. Die Mainova ist zu 75 Prozent im Eigentum der Stadt, 25 Prozent gehören der Thüga. Die Stadtwerkepolitik gehört vor dem Hintergrund der Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung zu der originären Daseinsvorsorge in Städten: Wärme, Wasser und Energie. Nun zu dem, was hier gesagt wurde, nämlich dass die Stadt Frankfurt in der Atompolitik irgendeine Position bezogen haben soll: Das ist nicht richtig. Die Stadtwerke gehören zum Verband der kommunalen Unternehmen. Der VKU hat in der Bundesrepublik - ähnlich or-

ganisiert wie der Städtetag - nie eine politische Position zur Kernkraft bezogen, weil es Städte gibt, die Atomkraftwerke besitzen, um ihre Daseinsvorsorge zu sichern. Es gibt Städte, die überhaupt keine GuD-Kraftwerke, - also Gas und Dampf - oder reine Braunkohlekraftwerke besitzen. Die ganze Palette der Energieversorgung ist in der Kommunalpolitik in Deutschland zu Hause.

Richtig ist, was der Stadtverordnete der SPD gesagt hat, der Ausstiegsbeschluss von Rot-Grün im Bund hat unsere Stadtwerke und damit die Mainova unternehmerisch früh auf die Spur gesetzt. Man verdient mit der Energieerzeugung Geld, und das muss auch so sein, dass man alternative Formen findet, um Energie zu generieren und sie dann auch auf dem Markt abzusetzen. Wir sind durch den Verlängerungsbeschluss im letzten Jahr - ich bin die Aufsichtsratsvorsitzende der Mainova - in der Wettbewerbsfähigkeit ganz nach hinten gefallen. Wir und auch ich als Städtetagspräsidentin wie auch als Aufsichtsratsvorsitzende der Mainova haben diese Laufzeitverlängerung aus wirtschaftspolitischen und Wettbewerbsgründen kritisiert, wie man nachlesen kann.

Nun zur Zukunft und der Frage: Was passiert mit den 500 Millionen Euro? Auch der Stadtkämmerer ist im Aufsichtsrat der Mainova. Diese 500 Millionen Euro sind für Investitionen in den Wirtschaftsplänen etatisiert. Zum Teil sind schon Mittel für den Erwerb regenerativer Energiegenerierungsmöglichkeiten innerhalb der Bundesrepublik abgeflossen: Im Havelland, offshore in der Nordsee, offshore vor Bremerhaven, dann kleinere Windkraftanlagen im Norden Hessens, ein großer Teil in den neuen Bundesländern, wie Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Zurzeit ist es so, dass die Energiemenge, die die Mainova bereitstellt, zu 60 Prozent aus Eigenproduktion entsteht, 40 Prozent wird zugekauft. Von diesen 40 Prozent sind acht Prozent aus der Atomenergie. Das Ziel der Mainova ist es - und die 500 Millionen Euro gehören in die Investivplanung -, dass wir im Jahr 2015 rein rechnerisch die Energiemenge, die Frankfurt benötigt, durch die Mainova selbst zu 100 Prozent durch erneuerbare Energien generieren. Wir können das, Sie konnten das heute in der Zeitung in einer Mitteilung an die Presse aus einer Sitzung des Vorstandsvorsitzenden nachlesen. Dann

10.	Erweiterung des Museums der Weltkulturen hier: Umsetzung des Wettbewerbsergebnisses.....	77
	Vortrag des Magistrats vom 13.05.2011, M 98 <u>hierzu:</u> Antrag der FDP vom 25.05.2011, NR 18 <u>hierzu:</u> Antrag der FREIE WÄHLER vom 26.05.2011, NR 19 <u>hierzu:</u> Antrag der Bunten vom 03.06.2011, NR 26	
	Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	77
	Stadtverordneter Helmut Heuser, CDU:	78
11.	Klage gegen den Betrieb des Braunkohlestaubkraftwerks in Fechenheim	78
	Antrag der SPD vom 18.05.2011, NR 13	
	Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:	78
	Stadtverordneter Helmut Ulshöfer, GRÜNE:	80
	Stadtverordnete Christiane Loizides, CDU	82
	Stadtverordneter Hans-Günter Müller, FREIE WÄHLER:	84
12.	Städtebauliche Neuordnung zwischen Atzelbergplatz und Wilhelmshöher Straße mit Umgestaltung des Atzelbergplatzes	86
	Vortrag des Magistrats vom 06.05.2011, M 92 <u>hierzu:</u> Antrag der FDP vom 31.05.2011, NR 24 <u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 15.06.2011, NR 39 <u>hierzu:</u> Anregung des OBR 11 vom 06.06.2011, OA 26	
	Stadtverordneter Dr. Peter Gärtner, LINKE.:	86
	Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.:	87
	Stadtverordnete Sylvia Weber, SPD:.....	87
	Stadtverordnete Ursula auf der Heide, GRÜNE:.....	88
13.1	Arabischen Frühling unterstützen, Flüchtlinge aufnehmen!	90
	Antrag der LINKE. gemäß § 17 (3) GOS vom 10.06.2011, NR 32	
13.2	Innenministerkonferenz und Frankfurt: Nehmt Flüchtlinge aus Nordafrika auf!	90
	Antrag der Bunten gemäß § 17 (3) GOS vom 15.06.2011, NR 35	
13.3	Flüchtlinge aus Nordafrika und dem Nahen Osten	90
	Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN gemäß § 17 (3) GOS vom 16.06.2011, NR 40	
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, Bunte:	90
	Stadtverordneter Luigi Brillante, Bunte:	90
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, Bunte:	91
	Stadtverordneter Jörg Krebs, NPD:	93
	Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.:	94

städtebauliche Überlegungen notgedrungen vernachlässigt, nachdem darüber seit 2008 beraten wird, stellt deshalb auch keine wirklich neue Option oder Alternative dar. Wenn wir den Tagesordnungspunkt heute zurückstellen oder dagegen stimmen, um diese vermeintliche Alternative zu prüfen, muss befürchtet werden, dass es auch in Zukunft kein echtes Stadtteilzentrum und sehr schnell keinerlei Nahversorgung für Seckbach gibt. Wie die Kirche, die Eigner eines dieser Immobiliengrundstücke ist, entscheiden wird, weiß der Himmel.

(Heiterkeit)

Ich hoffe, dass sie, die Kirche, wie in früheren Jahrhunderten Seckbach die Marktrechte gibt und die Chance nicht verstreichen lässt, mitten im Dorf, mitten im Marktgeschehen und damit nah bei den Menschen zu bleiben.

Danke schön!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Lothar Stapf:**

Vielen Dank, Frau Stadtverordnete auf der Heide! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Ich lasse nunmehr über die Empfehlung des Ausschussberichtes abstimmen, die auch in der ausgelegten Tagesordnung I abgedruckt ist. Wer dem Ausschussbericht unter Berücksichtigung des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion in den Ausschüssen beziehungsweise der schriftlich vorliegenden Voten der fraktionslosen Stadtverordneten zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht) Gegenstimmen? (Geschieht) Enthaltungen? (Geschieht) Damit ist der Ausschussbericht einstimmig angenommen. Ich schließe den Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 13.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Lothar Stapf:**

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13., Aufnahme von Flüchtlingen, auf. Zu diesem Thema behandeln wir die Vorlagen NR 32 der LINKE.-Fraktion, NR 35 der Bunte-Fraktion sowie NR 40 von CDU und GRÜNEN. Die Bunte-Fraktion hat den Antrag zur Tagesordnung I gestellt. Ich mache darauf aufmerksam, dass ich nach der Aussprache über die Empfehlung des Ausschusses abstimmen lassen werde, die in der Ihnen vorliegenden Neufassung der Tagesordnung I abgedruckt ist.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, Bunte:

Es sind nur drei Vorlagen, über die bitte abgestimmt werden soll und nicht über den Ausschussbericht. Da möchten wir mehr Klarheit.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Lothar Stapf:**

Die erste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Brillante, die Bunten. Sie haben das Wort!

Stadtverordneter Luigi Brillante, Bunte:

Herr Vorsteher,
meine Damen und Herren!

Wir erleben zurzeit ein Drama. Flüchtlinge, die unsere Hilfe bräuchten, sind alleine gelassen und ertrinken. Es gibt einen Antrag der LINKE., den wir ergänzt haben, weil er uns nicht klar war. Zum Beispiel wollen Sie, dass die Stadt Frankfurt die Innenministerkonferenz, die am 21. und 22. Juni stattfinden wird, auffordert, die Frage einer Ad hoc-Aufnahme von Flüchtlingen aus Nordafrika auf die Tagesordnung aufzunehmen, um einen entsprechenden positiven und unbürokratischen Beschluss herbeizuführen. Was ist das? Das ist nicht klar. Zweitens steht in dem Antrag, dass sich die Stadt Frankfurt grund-

sätzlich erklärt. Warum grundsätzlich? Die Stadt Frankfurt soll sich bereit erklären.

Wir erleben einen Aufbruch in vielen arabischen Ländern. Viele arabische Staaten haben sich gegen ihren Despoten erhoben. Das ist eine Entwicklung, die wir begrüßen und unterstützen sollten. Das machen wir auch. In Libyen schmeißen wir Bomben und verursachen damit, dass sich dort die Lage zuspitzt und sich Flüchtlingsströme in Bewegung setzen. Es reicht nicht, nur formell dorthin zu reisen. Wir sollten schon aktiv helfen. Im Mittelmeer ertrinken zurzeit Menschen, darunter auch Kinder, und keinen juckt das. Es ist eine Schande, wie sich viele europäische Länder diesbezüglich verhalten. Es sind christliche Länder, die die Nächstenliebe eigentlich befolgen müssten. Malta zum Beispiel nimmt überhaupt keine Boote auf. Selbst wenn sie zu sinken drohen, werden sie abgewiesen. Ein Kapitän eines Fischkutters, der Menschen gerettet hat, ist wegen angeblichen Menschenschmuggels verurteilt worden, weil er gegen Gesetze verstoßen hat. Dieser Mensch hat mit den Schultern gezuckt und gesagt, dass er nur dem Gesetz des Meeres gehorche. Wenn er einen Menschen auf hoher See sehe, der zu ertrinken droht, dann rettet er ihn. Nur das würde er befolgen.

(Beifall)

Siehe da, nachdem wir den Antrag gestellt hatten, kam doch noch ein Antrag der Koalition, aber dieser Antrag ist auch nur Wischwaschi. Da wird nichts gefordert, sondern alles nur verschoben. Die gesamte Verantwortung wird auf andere Instanzen verlagert. Das sollten wir nicht tun. Wir als Stadt Frankfurt sollten eine klare Position beziehen und uns bereit erklären, diesen Menschen zu helfen. Wir sollten ein Zeichen setzen.

Danke schön!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Lothar Stapf:**

Vielen Dank, Herr Brillante! Es liegt eine weitere Wortmeldung vor. Bitte schön, Frau Stadtverordnete Ditfurth!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, Bunte:

Schade, dass GRÜNE, CDU, LINKE. und auch die SPD bei diesem Punkt nicht mitdiskutieren. Die Party ist doch nicht so wichtig, oder?

Luigi Brillante hat es sehr schön vorgetragen, was wir an dem Antrag der LINKEN. auszusetzen haben. Ich werde am Ende meines kurzen Beitrags noch einmal auf die Bedeutung eingehen, die dieser sonderbare CDU-/GRÜNE-Antrag hat. Wir haben aber ein grundsätzliches Problem. Anlass ist die Innenministerkonferenz, deswegen ist der Punkt auch nicht verschiebbar. Wir verlangen, dass die Stadt Frankfurt die Innenministerkonferenz, die nächste Woche tagt, auffordert, sofort Flüchtlinge aus Nordafrika aufzunehmen, ohne Einschränkungen, ohne Delegation an andere Instanzen, ohne Herausreden und ohne Vertröstung. Und dass zweitens die Stadt Frankfurt sich heute bereit erklärt, Flüchtlinge aufzunehmen.

Ich will das noch kurz begründen: Die Innenministerkonferenz hat in Gestalt eines 16-seitigen Medienpapiers falsche Zahlen verbreitet. Deswegen, aber auch wegen ihrer Zuständigkeit, ist sie der Adressat. Die Innenministerkonferenz behauptet, dass im Jahr 2010 nur 930 Personen abgeschoben worden seien. Nach Recherchen von Initiativen, deren Arbeit anerkannt ist und die seit 18 Jahren jeden einzelnen Flüchtlingsfall in Deutschland dokumentieren, ist diese Zahl falsch. Allein die Zahl der Abschiebungen lag 2010 bei 7.558, also siebenmal so hoch, wie die falschen Zahlen, die die IMK verbreitet. Wenn dazu noch die Zahl der Zurückschiebungen - schöne Worte, um Menschen zu verjagen -, Zurückweisungen und Überstellungen nach Dublin II-Verordnung gerechnet werden, liegt die Zahl der Vertreibungen von Menschen, die so viele so wenig rührt, im Jahr 2010 bei 22.000 Menschen aus diesem wunderbaren, satten, reichen Land.

Wir haben wegen all der Katastrophen - Menschen, die fliehen, die seit Jahren Asyl suchen, die aus anderen Teilen der Welt versuchen, nach Europa, nach Deutschland zu kommen - noch ein Problem, das seit Jahren steigt. Ich habe - ich glaube 1992 - in einem

Buch über Informationen geschrieben, die ich aus Spanien bekommen habe, über Leichen, die an spanische Strände geschwemmt wurden. Ich habe das damals in Pressegesprächen heftig verteidigen und belegen müssen, weil es niemand geglaubt hat. Inzwischen ist das als Fakt unbestritten. Wir haben die dramatischsten Zahlen seit langem. Mehr als 20.000 Menschen haben von Tunesien und 13.000 von Libyen aus versucht, über das Meer in Richtung Lampedusa aufzubrechen. 1.650 Menschen ertranken dabei. Stellen Sie sich einmal jedes einzelne Schicksal in dieser wahnsinnigen Zahl vor. Die Zahl übersteigt den bisherigen traurigen Rekord von 2008, damals kamen in einer letzten großen Flüchtlingswelle offiziell - die Dunkelziffer überhaupt nicht gerechnet, die ein Vielfaches beträgt - 1.274 Menschen allein auf der Straße von Sizilien ums Leben.

Die Verantwortung dieses Landes, auch als Teil der EU - und damit ist Frankfurt auch mit drin, und Leute, die politisch agieren, sowieso -, ist, dass diese Geschichten zunehmend nicht durch irgendwelche hübschen Sozialmaßnahmen oder mildtätige Menschenrechtsorganisationen gemildert werden. Deswegen fanden wir es erschreckend, wie man über das Thema Mittelmeerflüchtlinge und das, was dort an Verbrechen passiert, reden kann, ohne die Frontex zu erwähnen.

Es gibt inzwischen diese Organisation, eine Agentur der EU, die steigende Zuwachsraten bezüglich ihrer Finanzierung hat und über eine riesige Ausrüstung - Überwachungsgeräte, militärische Ausstattung, Schiffe und andere Kostbarkeiten, sowie ein paar hundert Leute, 300 sind es bestimmt, es könnten aber auch 400 sein - verfügt. Diese Agentur bekommt inzwischen weit mehr als 80 Millionen Euro, und das nur dafür, die Grenzen um diesen wunderbaren hübschen Kontinent abzusichern. Nicht nur abzusichern, es gibt zunehmend Zahlen seriös dokumentierter Fälle, wonach unter Beteiligung von Frontex, also von Grenzschützern, die auch von Deutschland entsandt und mitfinanziert werden, Flüchtlingen auf hoher See nicht etwa geholfen wird, wie es der Kapitän, den Luigi Brillante so wunderbar zitiert hat, gemacht hat, sondern dass man ihnen zum Zwecke der Vertreibung und Zurücktreibung nach Afrika in die Hände von Polizei oder Paramilitärs - die auch von Deutschland unterstützt

werden - die Nahrungsmittel und das Benzin wegnimmt, sodass sie sich gezwungen sehen zurückzufahren, um nicht auf hoher See zu ertrinken und deshalb die Grenzen dieses wunderbaren Kontinents, auf dem wir leben, nicht betreten können. Diese üblen Tätigkeiten der Agentur Frontex werden hier nicht zum letzten Mal Thema sein, weil wir diese Verbrechen - die dort auch in unserem Namen passieren - einfach nicht ertragen können.

Mein Menschenbild, um das zum Schluss zu sagen, ist von solcher Art, dass ich zusammenzucke - und das ist heute auch wieder passiert -, wenn in diesem Parlament einzelne Stadtverordnete damit prahlen oder sagen, sie seien stolz darauf, dass sie in Frankfurt geboren sind. Ich habe noch nie verstanden, wie man sich etwas auf einen lächerlichen Zufall einbilden kann. Es ist Zufall, wo man geboren wird, es ist kein Verdienst, keine Leistung oder sonst irgendetwas. Zu meinem Menschenbild gehört, dass alle Menschen sozial gleich sind oder sein sollen, um sich frei entfalten zu können. Die CDU-Fraktion hat in den letzten Jahren immer wieder - ich erinnere mich spontan an einige Fälle, meist ging es darum, die Linkspartei, die damalige PDS-Fraktion zu attackieren, dafür waren diese Menschen nützlich - die Maueropfer bedauert, aber Tausende im Mittelmeer Ertrunkene, in Wüsten Verhungerte oder Ausgedörrte haben irgendwie nicht die gleiche Empathie verdient. Das fällt mir seit Jahren auf, irgendwie wird das immer schlimmer, die Haltung wird eher kälter und verrohter. Was bleibt als Grund, warum man sich bei den Menschen, die im Mittelmeer ertrinken, anders verhält? Wieso erschüttert das nicht jeden? Ich verstehe es einfach nicht. Was bleibt als Begründung, außer der offensichtlich zunehmenden Verrohung in Teilen des Besitzbürgertums gegenüber Armen?

Diese Verrohung ist in wunderbaren Studien, etwa der Heitmeyer-Studie von der Bielefelder Universität, nachgewiesen worden. Diese Studie, die seit zehn Jahren läuft - das kann man im Suhrkamp-Bändchen, Band 9, nachlesen -, beschäftigt sich mit der Verrohung der Besitzbourgeoisie, wobei es natürlich um immer aggressiver werdende Reichtumsverteidigung geht.

Das ist die Funktion der EU-Agentur Frontex, die zunehmend scheinbare Lücken zwischen Grenzschützern, Polizei und auch Geheimdienst - sie soll dort eine Funktion haben, die jenseits von allem liegt, was demokratisch oder humanitär ist - schließt. Was also bleibt, um für mich zu begreifen, warum Ihnen die Empathie fehlt, hier wenigstens klare Anträge zu formulieren und zu beschließen? Letztendlich ist es immer der üble alte deutsche Rassismus. Die Menschen da unten haben meistens eine dunklere Hautfarbe als die in jedem Einzelfall bedauerten Maueropfer, die ich auch bedauere.

Jetzt bitte ich Sie zum Schluss - als letzten Satz -, den CDU- und GRÜNEN-Antrag zu lesen und sich dabei zu denken, dass sich dieser ganze Antragstext auf Menschen bezieht, die vor 1989 versucht haben, von der DDR in den Westen zu fliehen. Da werden Sie selbst feststellen, dass Ihr Menschenbild stinkt.

Danke!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Lothar Stapf:**

Die nächste Wortmeldung kommt von der NPD, Herrn Stadtverordneten Krebs.

Stadtverordneter Jörg Krebs, NPD:

Herr Vorsteher,
meine Damen und Herren!

Zunächst einmal, Frau Ditfurth, bin ich wirklich stolz und froh darauf, in Frankfurt geboren worden zu sein. Ich bin stolz und froh darauf, Frankfurter zu sein, selbst wenn das ein Zufall sein sollte. Ich bin natürlich gleichermaßen stolz und froh darauf, Deutscher zu sein. Ich brauche mich dafür auch nicht zu rechtfertigen.

Ich möchte zwei kleine Punkte aufgreifen, die Herr Kollege Brillante vorgebracht hat. Zunächst einmal, dass wir quasi dazu beitragen, dass das libysche Volk durch Bombenabwürfe befreit würde. Das ist ganz klar so, die

Bundesrepublik Deutschland oder die Bundeswehr wirft keine Bomben auf Libyen ab. Insofern sollten Sie vielleicht Ihre Vorwürfe in eine andere Richtung lenken, aber nicht in Richtung Deutschland. Des Weiteren, wenn Sie hier ausführen, dass es bestimmte europäische Staaten gibt, die Flüchtlinge per se ablehnen, die grundsätzlich nicht bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen, dann gehört die Bundesrepublik Deutschland ganz sicher nicht zu diesen europäischen Staaten. Im Gegenteil, die Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten 20 Jahren, auch in Relation zu ihrer Bevölkerungszahl, mit Abstand die meisten Flüchtlinge aufgenommen, sei es aus dem Kosovo-Konflikt, sei es aus dem Jugoslawienkrieg, sei es aus welchen Konfliktherden der Welt auch immer, die Bundesrepublik Deutschland war stets an erster Stelle, wenn es darum ging, Flüchtlinge aufzunehmen.

Ihr Vorwurf, den Sie hier indirekt erhoben haben, Deutschland würde abblocken, würde alle Leute gegebenenfalls noch auf dem Meer ertrinken lassen, entbehrt jedweder Grundlage, zumal es interessanterweise ja so ist, dass Sie als einzigen europäischen Staat, neben Deutschland, die kleine Insel Malta angeführt haben, ohne aber auf Ihr eigenes Heimatland zu sprechen zu kommen, nämlich Italien. Italien lehnt die Aufnahme von Flüchtlingen kategorisch ab. Italien legt ein Verhalten an den Tag, das sogar mir quer im Hals liegt. Das haben Sie komischerweise nicht angeführt - das finde ich sehr interessant -, aber auf uns Deutsche wollen Sie einprägen. Sie wollen hier ein bundespolitisches Thema aufmachen, womit sich die Stadtverordnetenversammlung per se eigentlich gar nicht befassen kann. Die Innenministerkonferenz hat die Entscheidung zu treffen, und wenn sie die Entscheidung treffen sollte, dass wir keine Flüchtlinge aufnehmen, dann wird sie ein Votum der Stadt Frankfurt sicherlich schwer beeindrucken beziehungsweise gar nicht beeindrucken.

Ich bin natürlich selbstverständlich gegen alle drei Anträge. Wir haben in den letzten Jahrzehnten genug Flüchtlinge aufgenommen, und nur eine Minderheit dieser Leute ist nach zum Teil 20 Jahren überhaupt wieder nach Hause gefahren, andere liegen uns heute auf der Tasche. Dafür haben wir im Umkehrschluss zwei Billionen Euro Staatsverschul-